

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 16

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZUSAMMENHÄNGE

Sowjetunion

Der Sowjetunion geht es nicht besser als zuvor, aber wenigstens ist in Moskau die Bereitschaft gestiegen, die Realitäten anzuerkennen. Das betrifft zwei Hauptsachen, nämlich einmal die reduzierte Rolle der Partei und dann das reduzierte Territorium der künftigen Föderation. Und beides reduziert die Gefahr, dass das künftige neue Gebilde nur um den Preis grossen Blutvergiessens zu haben sein wird.

Mit dem Abbau der Parteimacht ging die Russische Föderation (RSFSR, Russland) voran. Dort hat Präsident Boris Jelzin auf dem Dekretweg die Parteiorganisationen in Betrieben und Institutionen für illegal erklärt.

Das ist ein eigentlicher Schlag gegen die privilegierte Stellung der KP in allen Struk-

turen. Die Parteizellen in den Unternehmen und Behörden waren nämlich früher die Führungskraft hinter der jeweiligen Direktion. In ihrem Rahmen wurde alles vorbesprochen, die anstehenden Entscheide der gesamten Einheit so gut wie alle Ernennungen auf Kaderposten. Auf diese Art setzte sich die Nomenklatura, die parteibestimmte Führungsschicht, in der Alltagspraxis durch, und auf diesem Weg wurden die Parteidirektiven von oben im gesamten organisierten Leben des Landes umgesetzt.

Es geht also nicht nur um eine Entpolitisierung der Ämter und Betriebe, sondern um eine eigentliche Entmachtung der zuvor massgeblichen Kraft in allen Bereichen des Berufsalltags. Die Massnahme betrifft auch die Polizei und sogar den Sicherheitsdienst, denn neben dem gesamtowjetischen KGB gibt es seit kurzem auch den republikeneigenen Sicherheitsdienst Russlands.

Das war eine gewichtige Herausforderung, und die Frage, ob die systembewahrenden Kräfte sich das würden bieten lassen, schien vollauf berechtigt. Nun gab es zwar einen Aufschrei in der Parteipresse, schon mit klägenderem Unterton übrigens, aber insgesamt

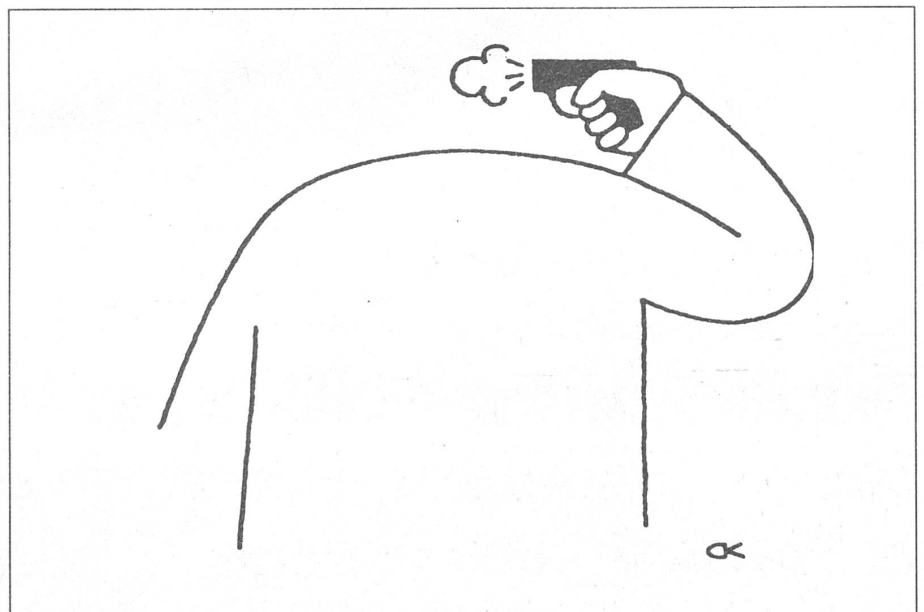
blieb die Reaktion überraschend zahm. Die russische KP, der reaktionärste Teil der KPdSU, schien überrumpelt. Die Sammlung der Gegenkräfte würde, so liess sich nunmehr vermuten, auf dem Zentralkomitee der KPdSU stattfinden.

Indessen missriet sie auch dort. Die nächstfolgende ZK-Tagung ist inzwischen über die Bühne gegangen, aber statt mit dem Vorgehen der RSFSR abzurechnen, hat sie eher nachgedoppelt, indem sie ideologischen Abbau betrieb. Man nahm einen von Gorbatschow vorgelegten Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm an, das dem Parteikongress im Herbst vorgelegt wird. Das Papier sagt dem Marxismus-Leninismus als Grundlage der Partei zwar nicht ab, wohl aber seiner Exklusivität. Er erscheint nur noch als eine der ideologisch-politischen Inspirationen für die künftige KPdSU. Im weiteren bejaht der Entwurf den Parteienpluralismus und den freien Wettbewerb der politischen Gruppierungen um die Macht. Damit würde die KPdSU grundsätzlich zu einer Partei unter andern Parteien.

Nur «würde» deshalb, weil die praktischen Gegebenheiten natürlich von einer Chancengleichheit weit entfernt sind. Noch verfügt die KPdSU über einen Apparat, dem andere nichts entgegenzusetzen haben, was vergleichbar wäre. Noch stehen ihr die 120 Parteien, Gruppierungen und Bewegungen, die es mittlerweile in der Sowjetunion gibt, vertetzt gegenüber, und die Sammlung der Oppositionskräfte in der Bewegung für demokratische Reformen hat erst angefangen. Gelingt es, die disparaten Kräfte zu vereinigen, könnte die Entwicklung in Richtung auf ein Zweiparteiensystem gehen, aber so weit ist man nicht.

In dieser Nummer

Eine Herausforderung für Politiker und Unternehmer	4
Stephan Schmidheiny zur Ökologie	
Briefe	7
Zu den Leserbeiträgen	
Unsere Leser als Autoren	8
Ein Regierungsrat und ein Rechtsanwalt	
Nukleares Spiel	10
Saddam Hussein bleibt gefährlich	
Die südslawische Frage	11
Völker und Geschichte	
Selbständig im Unionsrahmen	13
Gespräch mit dem weissrussischen Aussenminister	
Brief und Antwort	14
Zum Zweiten Weltkrieg	
Der Büchertip	15
Stalins fremde Heere	
Inhalte kurz aus der Sowjetpresse	16
Eine Auswahl	



Ein Schuss in keinen Kopf. («Neue Zeit», Moskau, Nr. 28/1991)



Anatoli Lukjanow

Inzwischen ist es gut genug, dass sich die KPdSU in ihre Redimensionierung schickt. Möglich, dass sich die Marxisten-Leninisten nun von ihr trennen, wie es auf der andern Seite die radikalen Reformer laufend tun (als einer der letzten ihrer Art hat Alexander Jakowlew soeben das Beratergremium Gorbatschows verlassen), aber vielleicht resignieren sie auch ganz einfach. So oder anders hat ihre Bedrohlichkeit erneut abgenommen, und das entgiftet die reale Situation in den kommenden Ausmarchungen, die auch so noch Zündstoff genug haben.

Jugoslawien

Alles geht schlecht in Jugoslawien oder doch fast alles. Slowenien scheint sich zwar mit diskreter Politik aus dem Schussfeld gebracht zu haben, ohne seinen Unabhängigkeitskurs zu verlassen, aber zwischen Serbien und Kroatien geht politisch nichts mehr.

Die Europäische Gemeinschaft hat ihre (späten) Vermittlungsbemühungen als hoffnungslos eingestellt. Das Feld bleibt vorerst den verfeindeten nationalen Kräften überlassen, aber auch die Internationalisierung des Konflikts via Einschaltung des UNO-Sicherheitsrates wird eine Möglichkeit.

Das «Leopardenfell» der serbischen Siedlungen in Kroatien hat seine Problematik bestätigt. Die dortigen Serben suchen die Flecken jetzt zu vereinigen, indem sie die

Der neue Realismus der zentralen Kräfte hat seinen Einzug auch in den Belangen der künftigen Föderation gehalten. Blutige Zwischenfälle, wie der jüngste Überfall auf eine litauische Zollstation, sind nicht unbedingt ein Gegenindiz, denn sie stehen auch im Gegensatz zum kommenden Unionsvertrag, den die Zentrale voranzutreiben sucht, wiewohl die Nichtunterzeichner unter den Republiken sich auf diese Weise ausserhalb der neudefinierten Union stellen können.

Nachdem sich Russland, Weissrussland und die Ukraine zur Hauptsache mit dem vorgelegten Text einverstanden erklärt haben, hofft man in Moskau, dass die Unterzeichnung durch die neun beitragswilligen Republiken (neben den erwähnten slawischen Stammländern kommen noch Aserbaidschan und die fünf zentralasiatischen Republiken hinzu) doch in diesem Jahr stattfinden kann.

Und die andern? (Das betrifft die drei baltischen Länder, dann Georgien, Armenien – das im Frühherbst seine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit durchführt – und die Moldau.) Es spricht für die besser gewordene Einsicht in der Zentrale, dass man gegebenenfalls die Abtrünnigen nicht mehr dadurch bestrafen will, dass man sämtliche Brücken abbricht. Der Präsident des Obersten Sowjets der UdSSR, Anatoli Lukjanow (er besuchte soeben die Schweiz), gehört zu den ausgesprochenen Unionsbewahrern. Aber selbst er meint heute, man könne den Nichtunterzeichnern dafür die Mitgliedschaft in einer blossen Wirtschaftsgemeinschaft anbieten oder auch eine assoziierte Mitgliedschaft zur Föderation. So gibt es vermehrte Bereitschaft, die unvermeidliche Trennung auf gütliche Weise zu regeln, und das wäre schon mehr, als was man bis vor kurzem annehmen durfte.

Kroaten aus der Umgebung vertreiben, mit der faktischen Unterstützung der jugoslawischen Bundesarmee, die serbisch dominiert ist und alles andere als unparteiisch in Erscheinung tritt. Das soll die Voraussetzung dafür schaffen, ein Grossserbien aus zusammenhängenden Siedlungsgebieten erst zu bewerkstelligen und dann auszurufen. Die Kroaten sind selbstverständlich dagegen, sitzen aber machtmässig am kürzeren Hebel. Was sie erhoffen, ist internationale Hilfe.

Ein «zweites Sarajevo» droht trotzdem nicht. Der vielzitierte Auslöser vom Ersten Weltkrieg war als solcher deshalb möglich, weil die europäischen Mächte ohnehin auf eine Kraftprobe untereinander aus waren, und dazu wenigstens gibt es heute keine Analogie. Schlimm genug bleibt die jugoslawische Situation auch so. *Christian Brügger*

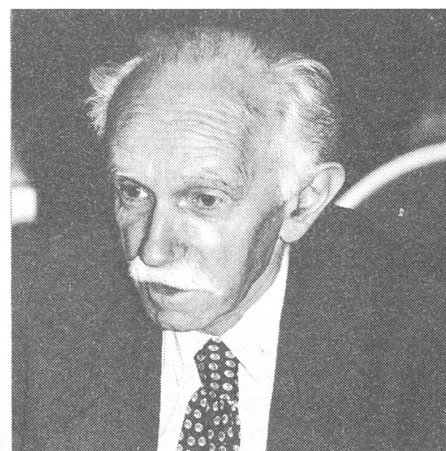
LIEBE LESER

Am kommenden Samstag wird Prof. Dr. Laszlo Revesz, «unser Professor» schlechthin, 75 Jahre alt.

In den Nachkriegsjahren war Prof. Revesz als Rechtshistoriker an der Universität Budapest der jüngste Ordinarius in Europa. Später stufte ihn das Regime zum Dozenten zurück. Als beglaubigter Antifaschist durfte er bleiben, als deklariertes Nichtkommunist durfte er nicht zu hoch gestellt sein.

Im Volksaufstand von 1956 war er Präsident des Revolutionskomitees seiner Universität. 1957 entkam er seiner Verhaftung durch Flucht und gelangte später in die Schweiz. Dort trat er an die Seite von Dr. Peter Sager und war 1958 bei der Gründung des Schweizerischen Ost-Instituts (SOI) dabei, der erste wissenschaftliche Mitarbeiter zunächst zeitlich und dann rangmässig bis zum Frühjahr 1991, als er gleichzeitig mit Dr. Sager zurücktrat.

In dieser Zeit verfasste er 35 Bücher, ja doch, darunter umfangreiche Standardwerke über die Normengebung in den sozialistischen Ländern (dass das physisch überhaupt möglich war, verdankte er unter anderem seinem wirklich einzigartigen Quellengedächtnis). In dieser Zeit dozierte er an den Universitäten Bern, Zürich und Fribourg. In dieser Zeit hielt er zahlreiche Vorträge in den deutschsprachigen Ländern Europas und schliesslich wieder in seiner ungarischen Heimat, begeistert empfangen als Gelehrter und als Widerstandskämpfer. In dieser Zeit betreute er im SOI mehrere Informationsdienste, die Arbeit einer normalen Vollamtllichkeit. In dieser Zeit verfasste er für unsere Zeitung seine gründlich dokumentierten Untersuchungen von grossem Gehalt. Und die ganze Zeit über war er der bescheidenste und lebenswürdigste Mensch, den man sich vorstellen kann. Alles Gute, Herr Professor, Ihnen, Ihrer Familie und Ihrem Memoirenwerk. *Christian Brügger*



Laszlo Revesz (Foto: Jacques Baumgartner)